

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 410

Einwohnerratssitzung vom Montag, 24. Oktober 2011, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	39	Personen des Einwohnerrates
	6	Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Urs Hess Gemeinderat: Elisabeth Schiltknecht	
Vorsitz	Philippe Doppler, Präsident	
Protokoll	Joachim Maass	
Weibeldienst	Martin Suter	

Geschäftsverzeichnis

1.	Beantwortung des Postulats der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Benedikt Schmidt, betreffend "Schutz des Prattler Grund- und Trinkwassers"	2531
2.	Teilrevision Personalreglement - 1. Lesung	2752
3.	Totalrevision Abwasserreglement - 1. Lesung	2698
4.	Teilrevision des Reglements über die Kinder- und Jugendzahnpflege - 1. Lesung	2749
5.	Neues Reglement über den Kreismusikschulfonds - 1. Lesung	2750
6.	Interpellation der SVP-Fraktion, Rolf Hohler, betreffend "Sichere Schauenburgerstrasse"	2754
7.	Interpellation der SP-Fraktion, Kurt Lanz, betreffend "Hardstrasse West"	2756
8.	Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Stephan Ackermann, betreffend "Prüfung von Tagesstrukturen an Prattler Schulen"	2757
9.	Bericht der GPK zum Amtsbericht 2010	2758
10.	Fragestunde (nach der Pause)	

Begrüssung durch Philippe Doppler, Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüsse sie zur 410. Sitzung des Prattler Einwohnerrates heute am 24. Oktober 2011. Ebenfalls begrüsse ich die Vertreter der Presse sowie auch die Zuhörerinnen und Zuhörer im Publikums-

bereich. Nach dem spannenden Wahlwochenende auf nationaler Ebene wenden wir uns wieder der kommunalen Politik zu, die in Anbetracht der Wahlen vom kommenden März nicht minder spannend ist und auch im Blick auf die heutige Traktandenliste mit einigen Reglementen und Reglementsrevisionen und persönlichen Vorstössen einige Arbeit mit sich bringt. In den vergangenen Einwohnerratssitzungen konnte ich immer zu beruflichen und politischen Veränderungen gratulieren, heute darf ich zu privatem Glück gratulieren: Mauro Pavan hat den Schritt ins Eheleben begangen und im Namen des Einwohnerrates gratuliere ich dir, Mauro, recht herzlich und wünsche eine glückliche gemeinsame Zukunft mit deiner Ehefrau.

Präsenz

Entschuldigt sind vom Einwohnerrat Urs Hess und vom Gemeinderat Elisabeth Schiltknecht. Es sind 39 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 20, das 2/3-Mehr 26 Stimmen.

Mitteilungen

Die Resolution „Stilllegung des Atomkraftwerkes Fessenheim“, die der Einwohnerrat am 22. August 2011 verabschiedet hat, wurde durch das Büro des Einwohnerrates an die in der Resolution erwähnten Behörden letzte Woche verschickt. Namentlich sind dies die Landesregierung Baden-Württemberg und die Bundesregierung, die Exekutiven der grenznahen Kantone und Gemeinden der Schweiz und an den Schweizerischen Bundesstaat und die Verantwortlichen des Departement Haut-Rhin und die zuständigen Minister in Frankreich. Zudem wurden die wichtigsten regionalen Medien über diesen Versand informiert.

Neue parlamentarische Vorstösse

Bis vor der Sitzung wurden keine neuen persönlichen Vorstösse eingereicht. Für die Fragestunde liegen 4 Fragen vor, die nach der Pause behandelt werden.

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

Es gibt keine Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem vorliegenden Geschäftsverzeichnis verfahren.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 2531

Beantwortung des Postulats der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Benedikt Schmidt, betreffend "Schutz des Prattler Grund- und Trinkwassers"

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 5. Juli 2011

GR Felix Knöpfel: Die Beantwortung des Postulates ist sehr umfangreich und ich möchte die 3 Verunreinigungen kurz antönen: 1. Einfluss ARA-Ergolz 2: Hierzu wissen wir, dass es sich um Medikamentenrückstände des Kantonsspitals handelt, die in sehr geringen Spuren im Trinkwasser zu erkennen sind. Der Gemeinderat hat letzten Dienstag zur Kenntnis genommen, dass dies noch dieses Jahr oder unmittelbar anschliessend behoben werden soll, indem es eine Umleitung gibt, die das Wasser unterhalb der jetzigen Versickerung in die Ergolz ableitet. 2. Einfluss der Deponie Wannen: Hier wurde herausgefunden, dass die Verunreinigung schon weiter oben, im Bereich Füllinsdorf-Frenkendorf passiert. Die Fachleute sind sich noch nicht ganz schlüssig, woher diese Verunreinigungen kommen. 3. Einfluss Strassenwasser: Das Wasser wurde ist in der Hülftensenke ungefiltert ins Hülftenbächlein eingeleitet, kam in die Ergolz und wir haben es im Trinkwasser gefunden. Ich betone, dass es sehr geringe Mengen sind. Wie man weiss, wird das Abwasser jetzt aufgefangen und in den bereits sichtbaren Sickergruben zwischen neuer Autostrasse/Autobahn und der Ergolz, versickert. Gemeinderat und Abteilung Bau und die zuständigen Personen und die Wasserversorgung sind nach wie vor überzeugt, dass wir in Pratteln sehr gutes Wasser haben, auch wenn leichte Spuren darin vorhanden sind. Auch das Bundesamt für Gesundheit hat dies bestätigt und wir können an unserem Trinkwasser Freude haben.

Diskussion

Benedikt Schmidt: Ich danke dem Gemeinderat für die schriftlich gelieferte äusserst detaillierte Antwort; dies hat mich gefreut. Es freut mich auch, dass wir nun mehr über die Qualität des Trinkwassers und des Grundwassers wissen. Ich muss aber auch sagen, wenn man die im Jahr 2008 erschienen Zeitungsartikel gelesen hat, weiss man in vielen Bereichen gleich viel wie jetzt nach dieser Antwort. Ich finde gut, dass man informiert. Der Kanton hat ja angekündigt, er wolle eine PR-Kampagne zu Gunsten des Trink- und Grundwassers machen und eine Information ist besser als PR. Es freut mich, dass erste Massnahmen ergriffen wurden, um die Wasserqualität zu verbessern und ich hoffe, dass diese bald kommen. Mit der Behandlung des Strassenwassers wird das Problem gelöst und dies ist sicher eine gute Sache. Dass man aber nun die Einleitung des Abwassers Ergolz 2 einfach an einen anderen Ort verschiebt, löst meiner Meinung nach das Problem überhaupt nicht – es wird lediglich an einen anderen Ort verschoben. Es handelt sich um Symptombekämpfung und die Ursachen, warum diese Stoffe im Trinkwasser sind, werden damit nicht bekämpft. Auch wenn in dieser Antwort viele gute Sachen enthalten sind, bin ich trotzdem gegen eine Abschreibung dieses Postulates. Begründung: Es sind wesentliche Punkte nicht beantwortet. Was gefällt mir nicht? Es steht relativ wenig in der Antwort, was im Trinkwasser enthalten ist. Was in der Antwort steht, konnte man schon 2008 in der Zeitung lesen. Im Postulat wurde gewünscht, dass man ein sog. Screening macht. Screening heisst, dass man alle Stoffe untersucht, die im Wasser sind und nicht nur die routinemässig üblichen verdächtigen Stoffe. 2008 konnte man

lesen, es habe Viren und Antidepressiva im Wasser und auch Malariamittel. Nun erhalten wir einen Bericht, in dem steht, man habe die Temperatur des Grundwassers gemessen. Wenn es sich um Bier handeln würde, wüsste ich, warum, aber beim Grundwasser weiss ich nicht, warum dies relevant ist. Das Wort „Screening“ taucht zwar in der Antwort auf, aber über das Resultat einer Untersuchung wird nicht oder so kryptisch berichtet, dass ich die Antwort nicht herausgefunden habe. Im Postulat wird verlangt, dass man die Ursachen der Verunreinigung der Trinkwasserverschmutzung behebt. Eine mögliche Ursache ist die Deponie Wannen und im Bericht steht relativ klar, dass man die Rolle der Deponie noch nicht untersucht habe, dies erfolge im Jahr 2012. Man kann hier abwarten, bis die Untersuchung gemacht ist. 2008 wurde in einer Zeitung erwähnt, dass Hexachlorethan nachgewiesen wurde; dies ist ein typischer Stoff, der in Deponien vorkommt, vor allem, wo die Firma Geigy ihre Sachen abgelagert hat. Auch hier stellt sich die Frage, ob man das Trinkwasser reinigen soll oder nicht, ob man etwas unternehmen oder warten soll, bis der Einfluss hieb- und stichfest nachgewiesen ist, oder ob man lieber das Vorsorgeprinzip anwendet, bei dem man etwas macht, auch wenn man noch nicht 100%-ig sicher ist. Aus meiner Sicht bestehen verschiedene offene Fragen gerade im Zusammenhang mit der Deponie Wannen, die noch nicht beantwortet sind und deshalb bin ich gegen eine Abschreibung dieses Postulates. Die Antworten sind noch nicht so, wie ich sie gewünscht habe und daher bitte ich, das Postulat nicht abzuschreiben.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr zu 12 Nein bei 2 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2531 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 2752

Teilrevision Personalreglement - 1. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 2. September 2011

GP Beat Stingelin: Die Personalkommission gelangte vor längerer Zeit an den Gemeinderat, mit der Bitte, dieselbe Ferienregelung einzuführen, die auch der Kanton seit dem 1. Januar 2011 hat. Der Gemeinderat hat dies diskutiert und geprüft, ob es grundsätzlich möglich ist. Wir haben auch bei anderen Gemeinden nachgeschaut, die diese Regelung schon eingeführt haben und wie sie diese handhaben. Wir haben von diesen anderen Gemeinden gehört, dass sie diese Regelung übernommen haben und in der Praxis ohne Probleme handhaben. Warum mehr Ferien? Man kann darüber diskutieren. In der heutigen Zeit ist es gut, wenn der Mitarbeiter etwas mehr Erholungszeit hat, weil – und das muss ich hierin klar sagen – auch auf der Verwaltung der Druck auf das Personal sehr hoch wurde. Und was man am Stammtisch hört, dass sie nicht einmal nass werden und sonstige Sprüche, ist eher despektierlich, weil die Leute doch gute und viel Arbeit leisten müssen. Daher bitten wir sie, dieser Änderung zuzustimmen und unserem Personal diese zusätzlichen Ferientage zu gewährleisten.

Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung

Eintreten

Bruno Baumann: Die SP-Fraktion ist für Eintreten und Direktberatung. Wir sind ganz klar für diese neue Regelung der Ferien, haben dazu später noch einen Antrag.

Patrick Weisskopf: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist für Eintreten und Direktberatung. Wir sind der Meinung, dass zu diesem Thema auf Kantonsebene schon sehr Vieles gesagt wurde und dass die Gemeinde Pratteln als Arbeitgeber attraktiv bleiben soll. Wir werden bei der Direktberatung viele Fragen zur Umsetzung haben und haben auch festgestellt, dass es in der Umsetzung nicht für alle Mitarbeiter gleich ist, vor allem für die älteren Mitarbeiter.

Dieter Stohler: Das Thema Ferienregelung für Angestellte im öffentlichen Dienst ist wahrscheinlich etwas Emotionaleres, das es zu verhandeln gibt. Die FDP-Fraktion ist dieses Thema aber nicht emotional angegangen, sondern ganz sachlich und hat zwischen verschiedenen Aspekten abgewogen. Auf der einen Seite, das würde eher dagegen sprechen, verteuert es natürlich die Arbeit und erhöht auf lange Sicht die Personalkosten. Man muss auch sagen, dass die Schere bei den Arbeitgebern weiter auseinander geht bezüglich Anstellungsbedingungen, vor allem im KMU-Bereich. Bei den kleinen Unternehmungen gibt es viele, die sich eine komfortable Ferienregelung nicht leisten können. Auf der anderen Seite, und dies spricht für die Vorlage, ist entscheidend, dass auch eine Gemeinde Pratteln als mittelgrosser Arbeitgeber, vergleichbar mit einem KMU-Betrieb, vergleichbare Arbeitsbedingungen haben muss. Dies ist zur Rekrutierung qualitativ hochwertigen Personals als Wettbewerbsvorteil notwendig – oder sich keinen Wettbewerbsnachteil einhandeln. Unter Abwägung dieser verschiedenen Aspekte kommt die FDP-Fraktion zum Schluss, dass sie dieser Vorlage zustimmt, nicht ohne Berücksichtigung von Faktoren, die auch in der Vorlage stehen: „kostenneutrale Durchführung“ wie der Gemeinderat schreibt „... werden verwaltungsintern kompensiert“. Weiter ist es ein positives Zeichen an die Verwaltung, dass man an dieser Stelle setzen kann, dass die Verwaltung gut gearbeitet hat. Dies hat man in den letzten Jahren immer wieder festgestellt und auch im Amtsbericht festgehalten und von der GPK gehört. Es wird gute Arbeit geleistet und es stimmt, was GP Beat Stingelin vorhin erwähnte, der Druck ist sicher nicht gesunken. Wir möchten als FDP-Fraktion auch einen Vertrauensbeweis dem Personal gegenüber aussprechen und sagen, dass man für gute Arbeit und gute Einsätze auch entsprechend gute Anstellungsbedingungen haben darf. Weiter gibt es noch zu berücksichtigen, dass es noch komfortablere Ferienregelungen gibt. Was der Gemeinderat hier vorschlägt, scheint uns eine vernünftige Regelung und wir sind für Eintreten, Direktberatung und werden der Vorlage in dieser Form zustimmen.

Christian Schäublin: Die SVP-Fraktion hat das Geschäft kontrovers diskutiert. Auf der einen Seite spricht die Konkurrenzfähigkeit für dieses Geschäft mit den Mehrferien im Vergleich mit anderen Gemeinwesen. Im Vergleich zu anderen Branchen gerade aus dem KMU-Bereich steht man viel besser da und dies spricht eher gegen eine solche Regelung. Wir sind trotzdem für Eintreten und haben noch eine Frage zur Umsetzung. Werden diese Ferien auf den 1.1.2012 voll zugestanden oder ist es wie beim Kanton, dass gestaffelt wird? Daraus ergibt sich die nächste Frage. Es heisst „Die zusätzlichen Ferientage werden verwaltungsintern kompensiert“. Hat dies der Gemeinderat wirklich durchgerechnet? Ist es überhaupt möglich, dies so kurzfristig umzusetzen und hat es wirklich keine organisatorischen Anpassungen zur Folge oder war diese Aussage zu vorschnell und braucht es nicht doch mehr Stellen? Reicht eine neue Stellvertretungsregelung aus? Ansonsten sind wir für Eintreten.

Stefan Löw: Ich möchte dies ihnen aus einem anderen Sichtwinkel darlegen. Ich möchte die Legitimation für eine zusätzliche Ferienwoche Niemandem missgönnen, aber die Sicht eines KMU-Betriebes, eines Gewerbebetriebes, aufzeigen. Wenn die öffentliche Hand Vorgaben macht, dass man eine Erhöhung der Freizeit befürwortet, dann ist dies meistens durch Steuergelder bezahlt. Dies wiederum ist bei einem KMU-Betrieb schlicht unmöglich und das Geld muss zuerst privat erwirtschaftet werden, damit es später an das Personal weiter gegeben werden kann. So gesehen, ist zu sehen, dass der Druck auf das Handwerk steigt, mit den zusätzlichen Freitagen nachzuziehen und diese zusätzlichen Freitage berücksichtigen muss, um beim Personal konkurrenzfähig zu bleiben. Die

Submissionsordnung nimmt auf dies in keiner Weise Rücksicht und es wird nicht gefragt, ob sie 3, 4, 5 oder 6 Wochen Ferien geben. Der Druck auf Teilzeitbeschäftigungen wird durch dies enorm gefördert. Man versucht in den Spitzenzeiten Personal zu rekrutieren, das man nur noch teilzeitlich beschäftigen kann. Das kennt auch Bruno Baumann genau. Der Druck auf den Arbeitnehmer steigt, dass der Betrieb konkurrenzfähig bleiben muss. Es handelt sich nicht um eine Win-Win-Situation, sondern es kann auch zu Ungunsten der Arbeitnehmer sein, wenn wir dies immer weiter ausdehnen. Der Unternehmer muss auch sehen, dass er am Jahresende kostendeckend ist und wenn er es nicht selber bewältigen kann, gibt er den Druck an den Arbeitnehmer weiter. Eine Woche mehr Freizeit ergibt eine Reduktion der wöchentlichen Arbeitszeit um 1 Stunde. Wenn wir bei 40 Wochenstunden sind, rutscht die produktive Arbeitszeit auf 39 Stunden und wenn man weiss, dass man bei den produktiven Stunden auch noch ein Minus hat, und andere Sachen wie Brückentage dazukommen, die der Staat heute teilweise vorgibt wie Pfingsten, Auffahrt udgl. Wir können nicht im Fünf- oder Zehnminutenbereich schaffen. In einem KMU-Betrieb lassen sich 5 Minuten nicht vorschaffen. Ich verstehe dieses Anliegen, aber man muss auch die Kehrseite und gewisse langfristige Gefahren für die Arbeitnehmer sehen.

Direktberatung

Bruno Baumann: Das Personalreglement der Gemeinde orientiert sich mehrheitlich an kantonalen Regelungen und daher diese Anpassung der Ferien. Wir haben vorhin eine mathematische Auslegeordnung von Stefan Löw gehört. Tatsache ist – und das könnt ihr mir glauben, ich habe schon genug Umfragen gemacht zu diesem Thema – dass, wenn es heisst „Wollt ihr mehr Lohn oder mehr Ferien?“ die Leute erstaunlicherweise zum weitaus grössten teil mehr Ferien wollen. Ferien sind da, um sich zu erholen und sich zu regenerieren und wenn man wieder in den Betrieb kommt, mit frischen Kräften zugreifen kann, was schlussendlich jedem Arbeitgeber wieder zugute kommt. Zufriedenheit und Motivation kann man nicht über Geld abgelden, vorwiegend über Ferien. Geld ist das Mittel zum Zweck und ich musste lernen, dass Ferien viel mehr bedeuten und stärker gewichtet sind. Wir haben gehört, dass von 20 auf 25 Tage hinauf gesetzt wird und dafür sind wir. In der Vorlage steht auch, dass man auf 27 Tage geht bis und mit 59. Altersjahr. Was ist mit den über Sechzigjährigen? Haben diese nichts zugute? Sind dies Leute 2. Klasse oder sagt man, die machen eh nicht mehr so viel und stehen kurz vor der Pensionierung - und dies ist komplett falsch. Wir haben von GP Beat Stingelin gehört, dass auch diese wie alle Anderen, eine sehr grosse Leistung bei uns auf der Gemeinde erbringen und dies durften wir schon mehrmals erfahren. Darum haben wir dies in der Fraktion diskutiert und ich stelle hier den Antrag der SP, dass für die über Sechzigjährigen 32 Ferientage, also 2 Tage mehr, eingeführt werden. Für diejenigen Leute, die ein grosses Know-how haben, auf das man nicht verzichten kann, die Springer sind, weil sie genau wissen, wie es funktioniert und vielleicht schon in mehreren Abteilungen waren. Genau aus diesem Grund sind diese Leute für uns wichtig und es soll mir Jemand plausibel machen, warum nicht auch eine solche Person mehr Ferien zugute hat. Diese Personen bleiben bei 30 Tagen stehen, die Jüngeren haben dies, die Älteren nicht und daher dieser Antrag. Es wäre ein Vertrauensbeweis für die Älteren, die bei uns arbeiten.

Antrag der SP

Diskussion zum Antrag SP

Dieter Stohler: Ich sehe keinen Grund, deinem Antrag zuzustimmen. Es ist nicht so, dass die über Sechzigjährigen nichts bekommen. Sie haben 30 Ferientage und dies ist schon am meisten und dies sind 6 Wochen. D. h. es steigt auf das Maximum ab dem Alter 60 auf diese 30 Ferientage. Dies ist nicht Nichts. Was dich stört, Bruno Baumann, ist, dass dieser Betrag unverändert bleibt. Warum können wir zustimmen? Wir übernehmen die Kantonsregelung und dies wurde auch mit der Personalkommission so abge-

sprochen. Es gibt keinen Grund, warum das Parlament nun in die gut ausgedachte Regelung eingreifen soll. Daher bitte ich sie, den Antrag Baumann abzulehnen.

Fredi Wiesner: Stefan Löw hat bereits angetönt, was beim Gewerbe, den KMU stattfindet und wenn man dort die GAV anschaut, haben dort die meisten zwischen dem 21. und 40. Alterjahr unverändert 20 Tage. Es gibt Firmen, die mehr geben oder beispielsweise 22 Tage. Warum nun 25 Tage? Der Kanton hat es eingeführt, weil er in Geld schwimmt und man kann solche Sachen problemlos machen. Ich finde es schade, dass nicht auch die Anderen davon profitieren. Man hat gesagt, die Gemeinde muss nachziehen, sonst findet sie keine Mitarbeiter und es gehen alle zum Kanton, weil sie 1 Woche mehr Ferien haben. Ferien ist auch nicht Alles. Gute Arbeitsbedingungen, gutes Klima, Freude am Schaffen sind Gründe, warum man an einen bestimmten Ort arbeiten geht. Wenn man nur wegen 5 Tagen Ferien mehr an einen bestimmten Ort arbeiten geht, weiss ich nicht, ob dies der richtige Arbeitnehmer ist. 30 Tage für die über sechzigjährigen ist gegenüber den Anderen sehr viel und es wäre toll, man könnte mehr machen. Irgendwo muss man aufhören damit und man sagt immer, die über Fünfzigjährigen haben ein Problem, einen Job zu finden. Warum? 1. Sie haben schon 30 Tage Ferien, die ein Junger nicht hat und also mehr im Betrieb ist und zweitens haben die Älteren einen höheren Lohn, weil dieser immer steigt. 3. Das BVG darf man nicht vergessen. Junge bis 25 Jahre bezahlen praktisch nichts und wenn ich einen 55- oder 60-jährigen anschau, wie viel die Firma hier zu bezahlen hat, sind dies die Unterschiede, warum ein älterer Arbeitnehmer keinen Job mehr findet. Wenn man nun noch mehr Ferien gibt, ich weiss ich nicht ... man muss irgendwo aufhören, damit sie einen Job finden und nicht nur noch arbeitslos sind und wenn man keine Arbeit mehr findet, ist es auch keine Befriedigung. Darum sollen diese 30 Tage bleiben und nicht noch auf 32 erhöht werden. Stimmt dem Antrag daher nicht zu.

Patrick Weisskopf: Unsere Fragen: Können diese zusätzlichen 5 Ferientage wirklich kostenneutral durch organisatorische Massnahmen wie Optimierung der Abläufe, Verbesserung und Ausbau der Stellvertreterregelungen, optimierten Einsatz technischer Mittel und Platzieren der Ferien in weniger arbeitsreiche Zeiten wirklich geleistet werden? Wenn man davon ausgeht, dass auf der Gemeinde 100 Personen arbeiten und diese 2% erhalten, müssten auf der Gemeinde 2 volle Mitarbeiter mehr angestellt werden, um dies zu übernehmen. Nur so kann sicher gestellt werden, dass der Druck auf die Mitarbeiter abnimmt. In der letzten Fragestunde hat GR Ruedi Brassel gesagt, dass wir die Reglemente gar nicht alle durchführen können, weil wir keine Zeit haben. Ein gewisser Druck ist da und führt zur nächsten Frage. Welche Abteilungen könnten dies wirklich machen, diese Massnahmen wirklich durchführen? In welchen Abteilungen wird plötzlich Arbeit outgesourct und ist auf einer anderen Kostenstelle? Der Kanton orientiert sich an einer 42-Stundenwoche; der KV in Basel hat eine 41-Stundenwoche und damit haben wir bereits einen Differenzdruck. Und wenn nun das Stichwort Jahresarbeitszeit dazu kommt, habe ich festgestellt, dass die Regelungen, wie hier zu kompensieren, gar nicht im Personalreglement enthalten sind. Eigentlich könnte man eine 5. Ferienwoche auch über die Jahresarbeitszeit einbringen, was kostenneutral sein könnte. Heute hat man Überzeit- und Gleitzeitsaldi. Was heisst für die Gemeindeangestellten 2% mehr Freizeit? Was bedeutet dies für die Teuerung? Wird dann kein Teuerungsausgleich gewährt? Man könnte sagen, die Mitarbeiter haben mehr Ferien, der Lohn bleibt gleich und die Teuerung wird nicht ausgeglichen. Im Hinblick auf eine baldige PK-Sanierung kann es aber Auswirkungen haben, weniger Lohn zu haben und weniger an die PK abzugeben. Es sind also viele Fragen offen, und daher interessieren mich die Gedankengänge des Gemeinderates zur Jahresarbeitszeit, zum Teuerungsausgleich und ebenfalls die Budgetrunde. Im Prattler Anzeiger und der BAZ ist gestanden, dass doch eine Erhöhung der Fulltime-equivalence kommt und ich sehe auch, dass immer mehr Arbeit auf die Gemeinde zukommt. Die Fälle werden komplexer und neue Aufgaben kommen vom Kanton.

Bruno Baumann: Einige Antworten zu meinen Vorrednern: Ich bedaure sehr, dass die Wertschätzung der älteren Gemeindearbeiter nicht grösser ist. Ich habe mehr Entgegenkommen erwartet für die älteren Arbeitnehmer. Zu Dieter Stohler: Ja, es ist das kantonale Reglement, aber es ist nicht verboten, besser zu sein, auch wenn es nur 2 Tage sind. Die Gemeinde Birsfelden hat ab dem 55. Altersjahr bereits 30 Tage Ferien. Ich habe Mühe mit den mathematischen Begründungen, bei denen man immer sagt, was ein Arbeiter kostet. Ein Arbeiter, der Erfahrung mitbringt, holt dies immer heraus und das wisst ihr Alle. Gute und motivierte Arbeiter sind wesentlich mehr wert, als wenn man den Lohn erhöht und noch einmal. Diese möchten sich lieber erholen und Zeit mit der Familie verbringen und dies gerade im Alter. Vorher hatten sie Kinder, waren zu Hause, haben gespart und konnten vielleicht gar nicht weg und jetzt im Alter möchte man mit der Frau etwas mehr in die Ferien gehen und da kommen die 2 Tage entgegen. Es sind nur 2 Tage und daher bitte ich euch, dem Antrag zu Gunsten der älteren Arbeitnehmer zuzustimmen und unterstützt meinen Antrag bitte.

Rolf Hohler: Den Antrag von Bruno Baumann kann ich in keiner Weise unterstützen. Auch den Anspruch von der Gemeindeseite her kann ich nur zähneknirschend unterstützen - ich war lange genug selbständig und hatte auch Angestellte und weiss, was eine solche Regelung für Auswirkungen auf die Privatunternehmer hat. Mehr Ferientage sind gut und recht für Personen, die auch arbeiten - es bezweifelt niemand, dass auf der Gemeinde gearbeitet wird - aber wir als Steuerzahler bezahlen es. Wenn man es ausrechnet, eine Woche mehr Ferien für rund 100 Gemeindeangestellte, dann sind dies pro Woche rund 2 Personen, die fehlen. Irgendwie will man dies intern kompensieren. Wer arbeitet mehr innerhalb dieser Woche? Ich habe einen Kompromissvorschlag: Der Ferienanspruch beträgt 23 Tage pro Kalenderjahr und erhöht sich wie folgt: ab 30 - 49 Jahre: 25 Tage, ab 50 - 60 Jahre: 27 Tage, ab 60 Jahre: 30 Tage. Dies ist weit mehr als in vielen KMU-Betrieben. Meine Begründung für die 23 Tage: Mit 20 Jahren ungefähr ist man mit der Lehre fertig und bis 30 hat man seinen Rucksack gepackt, den man in der Wirtschaftswelt haben muss. 23 Tage ist auch mehr als viele KMU, die meisten haben 22 Tage. Hinter diesem Kompromiss kann ich stehen, wenn man mehr Ferien geben will.

Antrag der SVP

GP Beat Stingelin: Ich möchte mich über die verschiedenen Anträge nicht auslassen. Der Antrag des Gemeinderates und der Personalkommission ist klar und dieser liegt auf dem Tisch. Zu den Fragen von Christian Schäublin: Umsetzung voll oder in Etappen: Wir möchten dies voll umsetzen ab Januar 2012. Weiter wurde der Vergleich mit KMU gemacht. Es ist richtig, wenn ein Vergleich mit dem Kanton und anderen Gemeinden gemacht wird, und nicht mit den KMU. Kanton und Gemeinden ist dieselbe Branche und wenn man den Vergleich mit anderen KMU machen würde, würde es heissen, es passt ja nicht in die Verwaltung, schaut doch, was die anderen machen. Und dies haben wir gemacht. Es sind der Kanton und die anderen Gemeinden. Dass es kostenneutral sein muss, ist auch für den Gemeinderat oberste Priorität. Patrick Weisskopf hat gesagt, er habe einige Fragen, aber ich habe in diesem Sinn keine gehört. Patrick Weisskopf hat schon 9 Fragen gestellt, die vom Gemeindeverwalter heute schriftlich beantwortet wurden und ich hoffe, dass diese Antworten zufriedenstellend sind, ansonsten müsstest du etwas aus diesen Antworten heraus fragen. Die Antworten sind recht ausführlich und es gab fast 2 Seiten zur Beantwortung.

Bruno Baumann: Rolf Hohler, du hast gesagt, du hättest einen Kompromissantrag und weiss gar nicht, ob wir schlechter sein dürfen, als das kantonale Reglement dies vorsieht? Das kantonale Reglement sieht ja dies vor und darum müssen wir jetzt hierüber diskutieren, nicht, dass uns der Kanton später zurückpfeift. Dies ist meine Frage.

Dieter Stohler: Diesbezüglich liegt keine verbindliche Vorschrift von Seiten des Kantons vor und die Gemeinde kann besser oder schlechter als der Kanton sein. Die FDP-Fraktion bleibt bei der Gemeinderatsvariante.

Patrick Weisskopf: Meine Fragen wurden durch das Mail vom Gemeinderat bzw. dem Gemeindeverwalter beantwortet und gerade dies hat dazu geführt, dass ich diese Fragen habe. Eine ist, ob der Gemeinderat tatsächlich bestätigen kann, dass er es kostenneutral machen kann und wie er dann bei der Budgetrunde neue Stellen rechtfertigt. Die letzte Frage ist: Was heisst dies für das Jahreszeitreglement? Man hätte es ja auch in diesem Rahmen lösen können, warum hat man es nicht so gemacht? Die Jahresarbeitszeit ist etwas sehr Flexibles und man hätte so allen Mitarbeitern helfen können. Es hat sich auch gezeigt, dass man auf der Gemeindeverwaltung 42 Stunden arbeitet, was mehr ist, als ich vom KV kenne, wo 41 Stunden gearbeitet wird. Wir haben 1 Stunde Vorholzeit und so finanziert sich jeder Mitarbeiter seine zusätzliche 5. Ferienwoche selber. Solche zusätzlichen Tage können vom Arbeitgeber auch für Brückentage usw. verwendet werden. Es gibt KMU-Regelungen, es gibt Regelungen für grössere Firmen und für den Kanton und so haben wir nun einen Mittelweg gefunden.

Verfahren zur Abstimmung

1. Gegenüberstellung der Anträge von Bruno Baumann SP und Rolf Hohler SVP.
2. Gegenüberstellung des obsiegenden Antrages dem des Gemeinderates.

Der Antrag von Bruno Baumann SP lautet: Der Ferienanspruch beträgt 25 Arbeitstage pro Kalenderjahr. Er erhöht sich im Kalenderjahr, in welchem das 50. Altersjahr vollendet wird, auf 27 Arbeitstage und im Kalenderjahr, in welchem das 60. Altersjahr vollendet wird, auf 32 Arbeitstage.

Der Antrag von Rolf Hohler SVP lautet: Der Ferienanspruch beträgt 23 Tage pro Kalenderjahr. Er erhöht sich wie folgt: ab 30 – 49 Jahre: 25 Tage, ab 50 – 60 Jahre: 27 Tage, ab 60 Jahre: 30 Tage.

Abstimmung 1

Gegenüberstellung der Anträge von Bruno Baumann SP und Rolf Hohler SVP

://: Der Antrag der SP und der Antrag der SVP erhalten je 16 Stimmen bei 7 Enthaltungen. Der Stichentscheid des Präsidenten lautet zu Gunsten des Antrages der SVP.

Abstimmung 2

Gegenüberstellung der Anträge von Rolf Hohler SVP und dem des Gemeinderates

Der Antrag des Gemeinderates lautet: Der Ferienanspruch beträgt 25 Arbeitstage pro Kalenderjahr. Er erhöht sich im Kalenderjahr, in welchem das 50. Altersjahr vollendet wird, auf 27 Arbeitstage und im Kalenderjahr, in welchem das 60. Altersjahr vollendet wird, auf 30 Tage.

://: Der Rat stimmt dem Antrag des Gemeinderates mit grossem Mehr gegen 8 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

Die 1. Lesung ist abgeschlossen.

Geschäft Nr. 2698

Totalrevision Abwasserreglement - 1. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 31 August 2011

GR Felix Knöpfel: Noch am letzten Sonntag hätte ich gesagt, ihr sollt wegen dieser kleinen Abweichungen vom Musterreglement auf eine Kommissionsberatung verzichten. An der Fraktionssitzung vor einer Woche musste ich zur Kenntnis nehmen, dass in der Synopse 2, 3 Nummerierungen nicht stimmen und man hat veranlasst, dass dies korrigiert und gewechselt wird. Leider hat sich gezeigt, dass bei der Verbesserung die Seitenzahlen nicht mehr stimmen und, wie ich den Rat kenne, könnte es zu Unstimmigkeiten kommen, wenn er nicht genau weiss, welche Seiten es nun nach der alten oder der neuen Vorlage, die heute vorliegt, sind. Daher sehe ich 2 Möglichkeiten: Entweder geht es an eine Kommission oder es wird auf den November verschoben und es bleibt Zeit, die neue Synopse anzuschauen. Falls sich wider Erwarten herausstellt, dass der Rat die Vorlage verstanden hat, ist noch der Abteilungsleiter Bau anwesend, der wäre bei kniffligen Fragen gerne Antwort gibt. Ich entschuldige mich für die falsche Nummerierung.

Philippe Doppler: Wir lesen das Inhaltsverzeichnis zum Reglement und nicht nach der Synopse, und im Inhaltsverzeichnis sollte es einigermaßen stimmen. Wir beraten zuerst über das Eintreten und dann über die Direktberatung.

Kurt Lanz: Der Gemeinderat hat uns einen Vorschlag gemacht und ich habe mich, gerade als dies der Gemeinderat gemacht hat, gemeldet. Ich teile mit, dass ich den Vorschlag des Gemeinderates sehr gut finde. Im Zusammenhang mit dem Feuerwehrreglement habe ich bewiesen, dass ich ein Freund der Synopse bin und daher trete ich auf den Vorschlag des Gemeinderates ein, den er erst heute Abend machen konnte. Das Büro konnte darüber nicht beraten und daher soll sich der Rat nun äussern. Ich möchte, dass man dies im November frisch auf den Tisch erhält, dann ist es eine klare Sache.

Diskussion zum Ordnungsantrag von Kurt Lanz

Fredi Wiesner: Ich gebe Kurt Lanz Recht. Ich habe mich einmal mehr mit einer Vorlage schwer getan, das Ganze zu verstehen und zu vergleichen. In einer der letzten Sitzungen habe ich gesagt, es wäre toll, wenn man diejenigen Sachen, die gleich bleiben, weglassen und nur die Änderungen markieren würde. In dieser Darstellung ist Text enthalten, der gleich bleibt und normalerweise steht darin „unverändert“ oder er wird weglassen. Und doch ist Text vorhanden, der nicht geändert hat und man sucht immer, was geändert hat und das kann es nicht sein. Bei der Unterlage, die geändert wurde und die wir heute erhalten haben, gehören die unveränderten Texte nicht hinein und man schreibt stattdessen „unverändert“ und man muss es nicht lesen und studieren. Ich konnte die neue Unterlage nicht anschauen, habe aber festgestellt, dass es eine Seite mehr ist und habe versucht herauszufinden, warum es eine Seite mehr ist. Ich bin nicht glücklich darüber und es haben nicht immer alle die Zeit, alles zu durchsuchen, wenn es einfach wäre, dies darzustellen. Darum: Verschieben auf den November oder an eine Kommission überweisen, was aus meiner Sicht nicht nötig ist.

Abstimmung zum Rückweisungsantrag

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr zu 5 Nein bei 1 Enthaltung:

://: Das Geschäft Nr. 2698 wird an den Gemeinderat zurück gewiesen.

Phillippe Doppler teilt mit, dass zum jetzigen Wissenstand die heute verteilte synoptische Darstellung gilt und somit wird diese in der Novembersitzung gebraucht. Sollten Korrekturen notwendig sein, wird diese synoptische Darstellung neu verteilt.

Geschäft Nr. 2749

Teilrevision des Reglements über die Kinder- und Jugendzahnpflege - 1. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 18 August 2011

GR Max Hippenmeyer: Die vorliegende Teilrevision ist eine Anpassung an das kantonale Subventionskonzept. Bis jetzt wurden Regulationen (vor allem Zahnspangen) unabhängig vom Einkommen Allen mit mindestens 10% subventioniert. Das vorliegende Reglement soll nun gemäss Empfehlungen der Kantonszahnärztin so geändert werden, dass zukünftig die Unterstützung von Familien mit hohem bis sehr hohem Einkommen entfällt. Zur Präzisierung 2 Bemerkungen: 1. Im Reglementsentwurf ist vom massgebenden Einkommen die Rede und in der dazugehörenden Tabelle redet man vom steuerbaren Einkommen. Obwohl dies nicht dasselbe ist, ist es etwas verwirrend und daher wird der Begriff steuerbares Einkommen in der Tabelle auf die 2. Lesung durch den Begriff massgeblichen Einkommen im Sinne einer einheitlichen Sprachregelung, ersetzt. 2. Es sollte im Reglementsentwurf heissen „Die kommunale Beitragsleistung beträgt maximal 80% ~~zwischen 10% und 80%~~“.... Damit korrespondiert dies mit den Ausführungen der Bestimmungstabelle. Man kann in dieser Tabelle eine Ergänzung vornehmen, dass explizit erwähnt wird, dass Beitragsleistungen für Einkommen ab CHF 70'001 Null % betragen. Auch dies wird auf die 2. Lesung ergänzt. Ich bitte, auf diese Teilrevision einzutreten und eine Direktberatung vorzunehmen.

Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung

Eintreten

Dieter Stohler: Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und Direktberatung. Ich danke GR Max Hippenmeyer für diese Ergänzungen, die wesentlich sind und damit haben sich einige Änderungsanträge der FDP-Fraktion in Luft aufgelöst. Im Sinne von mehr Klarheit kommen wir trotzdem mit einem Antrag bzw. Vorschlag für die 2. Lesung. Grundsätzlich finden wir es sinnvoll, die Rahmenbedingungen zu klären und dies unterstützen wir. Auch wenn es nicht Bestandteil dieser Vorlage ist, aber wenn man das Reglement über die Kinder- und Jugendzahnpflege anschaut, sieht man in Ziffer 5, dass es kommunale Kontrollen und Prävention gibt. Der Gemeinderat kann bei Vorliegen besonderer Gründe nach Rücksprache mit der Kantonszahnärztin allgemeine zahnmedizinische Kontrolluntersuchungen und Präventionsprogramme anordnen. Warum erwähne ich dies? Man stellt insbesondere in den Schulen immer wieder fest, dass, gerade bei den Jüngsten auch im Kindergarten, wie schrecklich der Zustand gewisser Zähne ist, vor allem bei Kindern aus einem anderen Kulturkreis mit Migrationshintergrund. Dort wird einerseits Zähneputzen sträflich vernachlässigt und andererseits stellt man fest, dass die Süssgetränke klar einen Einfluss haben, die bereits im Kindergarten während der Pause konsumiert werden. Als Anregung an den Gemeinderat: Man könnte in diesem Bereich eine Präventionskampagne machen, was sicher eine grosse und nachhaltige Wirkung erzielt.

Bruno Baumann: Auch die SP-Fraktion ist für Eintreten und Direktberatung; einige Fragen kommen später.

Christoph Zwahlen: Die Unabhängigen und Grünen sind für Eintreten und Direktberatung und können der Antrag des Gemeinderates unterstützen. Wir haben abgeklärt, ob der Satz wegen der Sozialhilfe unter der Tabelle bleiben muss oder nicht. Wir haben dies abgeklärt. Wenn es die Gemeinde sowieso bezahlt, könnte man diesen Satz gerade weglassen, aber es handelt sich um 2 verschiedene Kassen. 1. Mich interessiert, was mit dem steuerbaren Einkommen genau gemeint ist bzw. um welche Ziffer der Steuerklärung es sich handelt und ob es sich hier um eine Änderung handelt. Es macht doch ziemlich viel aus, ob Sozialabzüge berücksichtigt werden oder nicht, wenn man die linke Spalte der Steuererklärung anschaut. 2. Gelten Kinder bis 18 Jahre oder solange sie Kinderzulage erhalten?

Karin Hess: Die SVP-Fraktion ist auch für Eintreten und Direktberatung. Es ist noch eine Frage wegen der Änderung vom steuerbaren Einkommen zum massgeblichen Einkommen aufgetaucht. Mir ist nicht klar, was das bedeutet.

Eintreten ist unbestritten und es folgt die Direktberatung

Dieter Stohler: Auch dies war unsere Frage bzw. der Mangel, dass dort steht „Der Gemeinderat regelt die Berechnung des massgeblichen Einkommens“. Weiter unten steht eine Tabelle mit dem Steuereinkommen und dies passt nicht zusammen und ist verwirrend. Was ist massgebend und was gilt und es sagt nichts aus. GR Max Hippenmeyer hat vorhin eine halbe Antwort gegeben, dass auf die 2. Lesung ein anderer Vorschlag käme und dies ist gut. Trotzdem möchte ich den Antrag, den wir diesbezüglich vorbereitet haben, hier deponieren und man kann darüber abstimmen und er wird in die 2. Lesung mit eingezogen, sofern ihm zugestimmt wird. Unser Vorschlag: Der letzte Satz „Der Gemeinderat regelt die Berechnung des massgeblichen Einkommens“ wird ergänzt: mit „Der Gemeinderat regelt die Berechnung des massgeblichen Einkommens, wobei er in der Regel vom steuerbaren Einkommen ausgeht“. Damit ist eine Brücke geschlagen, die bedeutet, dass das steuerbare Einkommen die Basis ist, aber bei besonderen Verhältnissen, beispielsweise bei Patchworkfamilien, kann der Gemeinderat als massgeblichen dies plus Faktor anderthalb oder was auch immer, erklären und so die besonderen Verhältnisse besonders regeln.

Dominique Häring: Mit der Teilrevision des Reglements über Kinder- und Jugendzahnpflege mit Anpassungen an den kantonalen Regelungen sind wir einverstanden. Es bleiben noch Fragen offen: Hier steht massgebliches Einkommen und meine Frage ist: Welches ist das massgebliche Einkommen? Ist es das steuerbare Einkommen? Hintergrund für meine Frage ist, dass ich Leute habe, die einen Entscheid erhalten haben, und sagen „Warum erhalte ich nur so wenig?“ Für sie ist nicht nachvollziehbar, woher die Berechnung kommt. Im Zusammenhang mit Patchworkfamilien: Welches Einkommen ist massgebend? Dasjenige, das zu der Person gehört, der das Kind gehört? Kommt noch ein Teil des Einkommens des Partners dazu? Die Berechnungen sind für denjenigen, der ihn erhält, nicht nachvollziehbar. Darum diese Frage: Ist es möglich, vom Gemeinderat zu dieser Regelung eine Basis zu schaffen, die man den Entscheiden mitgibt und bis wann kann dies der Gemeinderat dem Einwohnerrat zur Kenntnis vorlegen? Ich schliesse mich der Aussage von Dieter Stohler an, dass noch eine Zusatzaussage nötig ist und dies unterstütze ich auch.

Gert Ruder: Ich sehe Gefahr, dass heute Abend ein Durcheinander entstehen könnte und es wäre gut, wenn der Gemeinderat alles, was heute Abend gesagt wurde, mitnehmen und verarbeiten und in der 2. Lesung darlegen würde. Massgebendes Einkommen könnte auch sein, dass bei einer Patchworkfamilie das Einkommen derjenigen Person geltend ist, die das Kindergeld bezieht. Was Dieter Stohler aufgezeigt hat, ist nicht unbedingt eine Vereinfachung und es ist wichtig, dass sich der Gemeinderat hier noch einmal Gedanken macht. Es ist auch nicht schlimm, wenn wir für so ein kleines Reglement eine 3. Lesung haben.

Karin Hess: Ich kann mich dem Votum von Gert Ruder anschliessen, dass der Gemeinderat dies auf die 2. Lesung neu aufbereitet. Eine Frage zu den subventionsberechtigten Behandlungskosten: Bezieht sich dies wirklich auf die Verordnung BL?

Daniela Berger: Wenn es darum geht, auf die nächste Lesung noch Korrekturen anzubringen, noch ein Hinweis zum massgeblichen Einkommen, das sich nicht daran orientiert, ob es Patchworkfamilien sind oder nicht. Wir kennen den Trick, dass gut Verdienende ihr Einkommen auf dem Papier herabschrauben, indem sie teure Haussanierungen von den Steuern abziehen. Dies ist legal und es ist nichts dazu zu sagen. Nun hat man gemerkt, dass dies ein solch guter Trick ist, dass man bei den Krankenkassenprämienverbilligungen gesagt, dass man hier auf solche Sachen Rücksicht nimmt und nicht mehr beim steuerbaren Einkommen als Abzug geltend machen kann. Und so bitte ich, wenn man hier das steuerbare Einkommen anschaut, wirklich nur das zu berücksichtigen, was zum steuerbaren Einkommen gehört und nicht, was man vom Steuergesetz her wieder abziehen kann. Sonst kann es wieder so weit sein, dass man bei sehr gut Verdienenden doch noch einen Beitrag leisten müsste und diese Personen nächstes Jahr, wenn keine grossen Renovationen anstehen, nichts erhalten.

Bruno Baumann: Eine Verständnisfrage: In der Synopse nachgeschaut, heisst es im bisherigen Recht „Bei Regulationen werden mindestens 10% gewährt“. Nach neuem Recht wird dies nicht mehr gemacht und wenn man vorne nachschaut, was eine Regulation ist (Kieferorthopädische Behandlung, Zahnstellungsbehandlung, Spange usw.), bedeutet dies, dass endgültig nicht bezahlt wird, auch für diejenigen, die mehr verdienen?

GR Max Hippenmeyer: Bruno Baumann: Es geht genau um diese 10%, die wir abstellen wollen und darum ist es in der rechten Seite der Synopse nicht mehr aufgeführt. Der Einwohnerrat wird heute dem Wort „parlare“, Parlament, voll gerecht. Um was ging es? Es ist eine Teilrevision und wir haben festgestellt bzw. wurden vom Kanton aufmerksam gemacht, dass wir in gewissen Fällen zu viel Subventionen geben, nämlich die 10% für die gut Verdienenden. Und dies wollen wir nun abschaffen und nicht mehr und nicht weniger. Wir wollen das Rad nicht neu erfinden, sondern es geht um die 10%. Zu den Begriffen massgebendes Einkommen – steuerbares Einkommen. Dies ist etwas verwirrt und daher sollen die Begriffe synchronisiert werden. Um was geht es? Früher war es klarer beim steuerbaren Einkommen, weil es meist ein Ehepaar war und es keine Diskussionen gab. Heute gibt es Partner, Konkubinat, Patchwork usw. und man redet daher vom massgebenden Einkommen. Es heisst ganz klar im Reglement „Der Gemeinderat regelt die Berechnungen des massgeblichen Einkommens“. Es ist also der Gemeinderat und dies liegt wirklich in der Kompetenz des Gemeinderates. Ich gebe zu, wir haben das bisher noch nicht so gemacht, weil wir zuerst das Reglement ändern wollen. Ich kann versichern, dass die Regelung analog der familienergänzenden Betreuung sein wird, die wir bereits anwenden. Ich bitte den Rat daher, nicht aus einer Mücke einen Elefanten zu machen, die 1. Lesung abzuschliessen und über den Antrag von Dieter Stohler abzustimmen, den ich gut finde und den wir aufnehmen, sofern zugestimmt wird. Nachher kommt die 2. Lesung.

Abstimmung zum Antrag von Dieter Stohler, FDP

Der Antrag von Dieter Stohler, FDP, lautet: „Der Gemeinderat regelt die Berechnung des massgeblichen Einkommens, wobei er in der Regel vom steuerbaren Einkommen ausgeht“.

://: Der Rat stimmt dem Antrag mit grossem Mehr bei 4 Enthaltung zu.

Die 1. Lesung ist abgeschlossen.

Geschäft Nr. 2750

Neues Reglement über den Kreismusikschulfonds - 1. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 25 August 2011

GR Max Hippenmeyer in Vertretung von GR Elisabeth Schiltknecht: Im März hat der Einwohnerrat den Vertrag über die Führung einer Kreismusikschule beschlossen. In § 16 ist vorgesehen, dass es ein Reglement über den Kreismusikschulfonds gibt und dieses liegt nun hier vor. Es geht darum, die Kompetenzen zu regeln, die über den Fonds verfügen und was dort alles hineinkommt. Damit wird der ehemalige Jugendmusikschulfonds abgelöst. Dies ist eine Formsache und ich bitte den Rat um Eintreten und Direktberatung und das Reglement so zu beschliessen.

Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung

Eintreten

Erich Schwob: Wir haben es angeschaut und finden es eine gute Sache; es ist Alles sauber geregelt und die KMS kann selber über ihr Geld bestimmen. Darum stimmen wir Allem zu und sind für Eintreten.

Eva Keller: Die SP ist auch für Eintreten und Direktberatung. Wir schätzen das Reglement, weil es Sinn macht. Es verschwinden alle Kässeli und alles Geld ist auf einem Konto. Wir finden auch gut, dass der Schulrat die volle Kompetenz hat, daraus zu nehmen. Er kann nicht mehr ausgeben, als darin ist.

Emil Job: Auch die Unabhängigen und Grünen haben diese Vorlage angeschaut und sind für Eintreten und Direktberatung. Wir finden das Reglement kurz und gut und es enthält alles, was es braucht.

Eintreten ist unbestritten und es folgt die Direktberatung

Lesung

- § 1 Zweck des Kreismusikschulfonds
- § 2 Äufnung des Kreismusikschulfonds
- § 3 Verzinsung des Kreismusikschulfonds
- § 4 Verfügungsbefugnis (Ausgabenkompetenz)
- § 5 Aufhebungen
- § 6 Inkrafttreten

Zu allen §§ gibt es keine Wortmeldungen.

Die 1. Lesung ist abgeschlossen.

Geschäft Nr. 2754

Interpellation der SVP-Fraktion, Rolf Hohler, betreffend "Sichere Schauenburgerstrasse"

Aktenhinweis

- Interpellation der SVP-Fraktion, Rolf Hohler, betreffend "Sichere Schauenburgerstrasse" vom 18. September 2011

GR Ruedi Brassel: *Frage: Bis wann werden die schon im Januar auf den Frühling versprochenen Sofortmassnahmen ausgeführt?* Wir haben anfangs Jahr in Aussicht gestellt, dass die Massnahmen umgesetzt werden können. Einzelne Schwachstellen wie die Verlegung des Fussgängerstreifens beim Höfli konnten behoben werden und mit anderen Massnahmen wird zugewartet. Bis wann kann behandelt werden? Wir sind froh, wenn wir im ersten Semester 2012 die Umsetzung beginnen können. *Frage: Gibt es schon geplante Varianten zur Verbesserung der bestehenden Situation? Wenn ja, wie sehen diese aus? Wenn nein, bis wann ist dies der Fall, da wird schon seit über zwei Jahren „rumgewurschtelt“?* Unsere Lösungsvorschläge haben sich auf Teilabschnitte bezogen. Diese Teilabschnitte haben zwar die Aspekte des Langsamverkehrs abgedeckt, aber es würde nicht die Gesamtheit der Probleme behoben, die überall an dieser Strasse vorhanden sind. Wir sind daran, eine gesamtheitliche Lösung auszuschaffen und die Schwachstellenanalyse hat uns in diesen Überlegungen bestärkt. In der Schauenburgerstrasse wird der Schwachstellenanalyse im ersten Semester 2012 vorgegriffen. Ein konkreter Lösungsvorschlag ist in Ausarbeitung. Gerade wegen dem erwähnten Unfall haben wir das BFU noch beigezogen und es hat sich gezeigt, dass wir diese Sache von Experten behandeln lassen müssen. Diese Ergebnisse sollten in 2 – 3 Wochen vom BFU-Experten vorliegen und dann muss dies umgesetzt werden. *Frage: Wie weit ist nun die schon weit fortgeschrittene Schwachstellenanalyse im Bereich der Schauenburgerstrasse wirklich?* Ich habe gesagt, dass auch BFU-Experten beigezogen wurden und wir diese Ergebnisse abwarten und einbeziehen. Die Schwachstellenanalyse hat explizit 3 Konfliktpunkte in der Schauenburgerstrasse erwähnt, aber auch klar festgehalten, was sich bei der Realisierung der ersten Vorschläge gezeigt hat, dass die gesamte Strecke als Konfliktstrecke bezeichnet werden muss und zwar vom Eggli Graben bis Eingang Dorf bis zur Einmündung in die Hauptstrasse. Man kann also nicht sagen, dass es Bereiche gibt, an denen gar nichts gemacht werden muss. Man muss die gesamte Strecke in die Lösung einbeziehen. *Frage: Bis wann kann mit einer komplett und definitiv sicheren Schauenburgerstrasse gerechnet werden?* Wir werden die Analyse nachher umsetzen und innerhalb der nächsten 2 Jahre im gesamten Dorfbereich die Schwachstellenanalyse probieren umzusetzen. Die Verkehrssituation der Schauenburgerstrasse wird prioritär behandelt. Eine Garantie, Rolf Hohler, für eine definitiv sichere Strasse kann der Gemeinderat und sonst wohl Niemand geben, weil die Sicherheit einer Strasse von vielen Faktoren und nicht zuletzt auch dem individuellen Verhalten abhängt. Es ist leider so, dass gewisse Unfallsituationen zwar durch Entschärfung vermieden werden, aber Fehlverhalten kann man nicht völlig ausschalten. Definitiv geht also leider nicht. Generell gilt: Die Schauenburgerstrasse ist nicht die einzige Strasse, in der Handlungsbedarf besteht. Vor allem innerorts ist eine ganzheitliche Planung mit einem lückenlosen Fussverkehrsnetz, sicheren Querungsmöglichkeiten und einem fussgängergerechten Geschwindigkeitsmanagement nötig. Ein Lösungsansatz für alle Quartiere ist die gesamtflächige Einführung von Tempo 30. Nur so besteht auch die rechtliche Grundlage für Massnahmen wie beispielsweise Kübel, Bodenwellen usw. Ich danke dem Interpellanten für das Verständnis der Massnahmen.

Der Rat beschliesst stillschweigend Diskussion

Rolf Hohler: Ich danke GR Ruedi Brassel für die Beantwortung meiner Interpellation und hoffe, dass es gut kommt. „Was lange währt, wird endlich gut“, hoffe ich zumindest. Als

Anwohner Schauenburgerstrasse muss ich selber sagen, Tempo 30 weiss ich nicht recht. Ich bin ein konkreter Verfechter von Tempo 30, dies ist jedoch nicht die Lösung, weil es dort nicht die Geschwindigkeit ist, sondern die engen Platzverhältnisse. Mit Tempo 40 kann ich mich so knapp anfreunden. Man muss schauen, dass alle, wirklich alle Verkehrsteilnehmer sich sicher bewegen können. Es ist auch eine Sache der Erziehung. Meine Söhne laufen ins Dorf, obwohl sie 25 Minuten in den Kindergarten haben. Es ist aber auch eine Sache der Erziehung der Autofahrer und der Töfffahrer und vor allem der Quartieranwohner. Wir haben dort sehr viele landwirtschaftliche Fahrzeuge zu und von den Aussenhöfen, aber auch diese sollen nicht über Muttentz kehren müssen, damit die wieder hinauf kommen. Auch an die Schneeräumung ist zu denken, dass diese nicht bei jedem Blumentopf den Pflug heben und am Schluss die Ketten anlegen müssen. Ich möchte, dass es eine gute Sache wird, dass man sich von mir aus die 2 – 3 Wochen, bis die Arbeit des BFU eingetroffen ist, Zeit nimmt und im neuen Jahr als Priorität kommt und nicht wieder 2 oder 3 Jahre dauert. Es klemmt an vielen Strassen, aber es wohnen dort viele Schulkinder und diese haben das Recht, sich sicher auf den Prattler Strassen zu bewegen.

Daniela Berger: Die Schauenburgerstrasse kennt ihr alle. In meinen Augen ist es ein herziges Strässchen, das ins Erholungsgebiet und Einfamilienhausquartier führt. An diesem herzigen Strässchen gibt es vor allem Einfamilienhäuser. Mit diesem Strässchen wurde nicht nur ein Einfamilienhausquartier erschlossen, sondern es ist auch eine Durchgangsstrasse in den Essig, ins Tal, auf die Schauenburg und Richtung Höhenweg. Von mir aus gesehen ist es die Enge, die es heimelig macht und auch die Vorgärten. Diese Enge ist bestehend und diese kann man nicht einfach ändern und da gebe ich Rolf Hohler recht. Man kann nicht noch mehr Blumentöpfe aufstellen d. h. man muss mit der Enge zu Recht kommen. Und in diesem Sinn, wenn man für Alle eine nachhaltig sichere Strasse will, dass man Tempo 30 und Begegnungszone einführt. Nur dann ist das Tempo so weit unten, dass man sicher einen kurzen Bremsweg hat. Nachhaltig sicher ist es nicht, wenn die Autofahrer mit 40, 50 oder noch schneller durchfahren. Wir müssen wirklich mit dem Tempo herunter und in diesem Sinn finde ich es toll, wenn es auch umgesetzt wird und nicht nur an der Schauenburgerstrasse, wo Rolf Hohler wohnt, sondern auch an der Fröschmattstrasse, wo Daniela Berger wohnt und vielleicht auch in anderen Quartieren.

Rolf Hohler: Auch bei Tempo 30 ist ein Zusammenstoss massiv. Die Strasse ist eng; schaut, wo die Kandelaber stehen. Diese standen am Anfang an der Strassenkante und in der Zwischenzeit sind die Matten, die von oben herunter kommen, 40 – 50 cm in die Strasse gewachsen. Erzählt nicht, man könnte sie nicht breiter machen. Es könnten auch alle Parkplätze auf das Land der Anwohner genommen werden, damit sie wieder etwas breiter wird. Eine Verengung ist für mich auch eine visuelle Verengung. Wenn die ganze Strasse entlang ein oranger Streifen mit Strichen darauf ist, ist dies auch eine visuelle Verengung. Viele Leute in diesem Quartier lehnen Tempo 30 ab, nicht, weil wir alle dort Raser sind, sondern weil es nicht realistisch ist. Jetzt ist Tempo 50. Man kann lange Tempo 30 machen, schaut, wie sie oben herunterkommen, wenn sie anfangen Gas zu geben. Wenn es Tempo 30 geben sollte, muss man darüber streiten, aber schaut es wirklich an und denkt nicht nur an die Fussgänger und Langsamfahrer, sondern auch die Anderen.

Patrick Freund: Nun haben wir plötzlich eine Tempo 30-Diskussion und Blumentopfdiskussion. Ich finde dies bemühend. Das Postulat betrifft die Sicherheit und es geht um die ganze Schauenburgerstrasse und auch den Abschnitt nach den Einfamilienhäuschen bis zum Eggligraben hinauf und weiter. Wir haben eine Zubringung, die nachher Richtung Gempfen geht – es handelt sich um eine Verbindungsachse, die nicht nur für Pratteln wichtig ist, sondern auch über die Gemeinde hinweg und entsprechend muss man dies gesamtheitlich anschauen. Es könnte auch eine gefährliche Situation entstehen, wenn ein Jogger von den Reben her Richtung Talweiher beim Eindunkeln joggen will und ein Fahrzeug entsprechend schnell kommt – da gibt es genügend Möglichkeiten. Wichtig ist,

dass man dies gesamtheitlich und auch die Verkehrsführung anschaut. Man muss nicht überall Tempo 30 machen, vielleicht reichen schon andere Verkehrsführungen aus. Hier ist der Gemeinderat gefragt und der Tempo 30-Diskussion schliesse ich mich nicht an. Schaut es gesamtheitlich an.

Stefan Löw: Es handelt sich um eine Strasse, die ich täglich 4-mal befahre und dadurch ist sie mir als motorisierter Verkehrsteilnehmer sehr vertraut und die Problematik ist auf beiden Seiten zu sehen. Es sind sowohl Motorfahrzeuglenker als auch Schulkinder usw. die sich auf dieser Strasse bewegen. Eine grosse Problematik, die ich erlebt habe, geht von den Kindern aus. Die Eltern liessen die Kinder mit Fahrzeugen herunterfahren, die einfach für so etwas nicht geeignet sind. Es sind die kleinen Trottinetti, halbsbrecherisch, in voller Geschwindigkeit und ungebremst bis zu unterst. Gefährliche Situationen, die, trotz minimalster Geschwindigkeit von 20 km/h entgegen gefahren, bei einer Kollision zu schwerwiegenden Folgen geführt hätte. Es ist nicht nur der Fahrzeuglenker, der sich grossen Gefahren aussetzt, sondern auch die entgegenkommenden Benutzer dieser Strasse. Daneben gibt es auch noch den Talweg, den Schulkinder benutzen könnten; eine Ausweichmöglichkeit ist also vorhanden. Der Weg wird vielleicht etwas länger und man müsste eine andere Führung machen. Selbstverständlich müssen die ungeschützten Benutzer darauf hingewiesen werden, wie gefährlich es an der Strasse sein kann. Meine Kinder sind an der Oberemattstrasse aufgewachsen, unmittelbar an einer sehr befahrenen Strasse. Ich möchte eine Brücke schlagen und auf die Paradiesstrasse auf den Neuwilerplatz in Binningen hinweisen. Dort hat man eine Tempo 40-Zone erstellt. Ich empfehle, das anzuschauen und sich dort zu bewegen, zu was für einer Beruhigung dies geführt hat. Diese Geschwindigkeit wird erfahrungsgemäss dort auch eingehalten. Bei Tempo 30, wenn man nur etwas Weniges unaufmerksam ist, ist man sofort zu schnell. Tempo 30 kann man nur quartiermässig einführen und nicht nur auf einer Strasse. Tempo 40 ist auf dieser Strasse angemessen und schneller kann und sollte man dort nicht fahren.

Die Interpellation ist beantwortet.

Geschäft Nr. 2756

Interpellation der SP-Fraktion, Kurt Lanz, betreffend "Hardstrasse West"

Aktenhinweis

- Interpellation der SP-Fraktion, Kurt Lanz, betreffend "Hardstrasse West" vom 26. September 2011

GR Rolf Wehrli: *Frage 1:* Wie sieht der Gemeinderat die zukünftige Entwicklung des Gebietes Hardmatt-Niederfeld? Das Verkehrsgutachten Pratteln-Mitte aus dem Jahre 2002 wurde neu überarbeitet und steht kurz vor der Fertigstellung. Es hat sich gezeigt, dass das Gutachten aus dem Jahre 2002 recht genaue Verkehrsprognosen aufwies. Das neue Gutachten stützt sich auf aktuelle Verkehrszählungen. Erstaunlicherweise hat der Verkehr auf der Achse Hardstrasse-Hohenrainstrasse-Krummeneichstrasse gegenüber der Prognose 2002 abgenommen, was auch auf geänderte Nutzungen gegenüber den Annahmen aus dem Jahre 2002 zurückzuführen ist. Grundsätzlich ist es aber so, dass in Spitzenzeiten die Nord-Süd Achse vom Kreisel Kunimatt bis zur Autobahn zur Überlastung neigt. Die Ost-West Achse funktioniert vom Verkehrsaufkommen grundsätzlich. Die Problematik liegt wiederum beim Knoten Kunimatt in Spitzenzeiten. In Zukunft ist also Wert auf eine zweite oder noch später auf eine dritte Nord-Süd Verbindung zu legen. Das neue Gutachten berücksichtigt ebenfalls den Verkehr aus Salina-Raurica. Der Gemeinderat hat zukünftig folgendes Verkehrsszenario um die zentrale Nord-Süd Achse in Spitzenzeiten zu entlasten: 1. Ausbau einer zweiten Nord-Südachse, über Kraftwerkstrasse Richtung Salina-Raurica und direkte Einleitung in die umgeleitete Rheinstrasse.

Dies ist bereits so in der laufenden Planung Salina-Raurica vorgesehen. Der Zeithorizont beträgt ca. 5 Jahre, und ist abhängig von der Umlegung der Rheinstrasse. Damit wird der Kreisel Kunimatt wirkungsvoll entlastet. 2. Zukünftiger Ausbau der Nord-Südachse ab Kreisel Aqua-Basilea gemäss geändertem Strassennetzplan. Dazu beträgt Zeithorizont je nach Anforderungen gemäss Verkehrsplaner ca. 15 - 20 Jahre. 3. Entlastung der bestehenden Achse Kunimatt mit dem Bau eines Grosskreisels über der Autobahn. Dies muss über das über Agglomerationsprogramm zur Realisierung geführt werden, da es kein kommunales Bauwerk ist. Bund und Kanton haben hier das sagen. Frage 2: Wann ist mit einer ER-Vorlage mit einer "überdachten" zukunftsorientierten Strassenführung zu rechnen? Beim Wort „überdacht“ gebe ich davon aus, dass es nicht überdacht (mit einem Dach versehen) ist, sondern „überdenkt“. Mit den bereits gemachten Ausführungen ist die zweite Frage schon beantwortet. Es bestehen so viele Abhängigkeiten, dass keine Termine für ER-Vorlagen genannt werden können, insbesondere da der Gemeinderat nicht die Strassenhoheit bei Kantons- und Bundesstrassen hat.

Der Rat beschliesst stillschweigend Diskussion

Kurt Lanz: Der Gemeinderat hat gesagt, dass das Gutachten von 2002 überholt sei und man an einem neuen Gutachten sei. Beim neuen Gutachten würde sich abzeichnen, dass die ganze Belastung auf dieser Strasse gar nicht so gross ist. Nun ist es so, dass man für Alles irgendwelche Gutachten einholen kann. Ich habe hier ein Gutachten vom April 2011, das sagt, dass die Belastung viel grösser sei als angenommen. Wenn der Gemeinderat sagt, er wolle nicht in die Strassenhoheit des Kantons eingreifen, dann ist das so, wenn er über die Hohrainstrasse redet, aber garantiert nicht so, wenn wir über die Strasse reden, die in meinem Vorstoss eingezeichnet ist. Diese Strasse ist bei weitem keine Kantonsstrasse und hier ist für die Planung der Gemeinderat zuständig und aus diesem Grund frage ich den Gemeinderat an, wie er es mit dieser Strasse hat, bei der er für die Planung zuständig ist. Hier habe ich nicht wirklich eine Antwort erhalten. Dass, wenn man die Kraftwerkstrasse öffnet, eine Entlastung des Kunimattkreisels stattfindet, ist sicher korrekt, betrifft aber vorwiegend den Teilabschnitt, der Richtung Osten weggeht und nicht das Teilstück des Kunimattkreisels Richtung Süden Richtung Muttenz. Dort kann eine Entlastung nur stattfinden, wenn man den Verkehr, der im Gebiet Niederfeld Süd entsteht, über diese Strasse weggleiten könnte, die wir hierin neu beschlossen haben und dies sollte am Schluss nicht über eine Verkehrsteilnahme über die besagte Strasse von mir stattfinden. So bin ich zufrieden, dass ich eine Antwort erhalten habe, aber mit der Ausführung der Antwort bin ich sicher nicht ganz zufrieden.

Die Interpellation ist beantwortet.

Geschäft Nr. 2757

Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Stephan Ackermann, betreffend "Prüfung von Tagesstrukturen an Prattler Schulen"

Aktenhinweis

- Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Stephan Ackermann, betreffend "Prüfung von Tagesstrukturen an Prattler Schulen" vom 20. September 2011

GR Felix Knöpfel: In Vertretung von GR Elisabeth Schiltknecht gebe ich bekannt, dass der Gemeinderat im Zug von HARMOS sowieso schauen will, welche Möglichkeiten vorhanden sind, wo es Küchen gibt, was es schon gibt in dieser Angelegenheit usw. Des-

halb ist der Gemeinderat dafür, das Postulat zu überweisen, damit wir auch vom Einwohnerrat gute Möglichkeiten erhalten.

Diskussion zur Überweisung des Postulates

Stephan Ackermann: Es freut mich sehr, dass der Gemeinderat das Postulat entgegennehmen will und ich hoffe, dass auch eine Mehrheit des Einwohnerrates das Postulat überweisen will. Tagesstrukturen, die nach Bedarf genutzt werden können, erlauben Eltern und Familien und Erwerbstätigkeit zu vereinbaren und verbessern die Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler. Die Arbeitswelt ist zunehmend auf Tagesstrukturen angewiesen und für die Gemeinde bieten sie einen wesentlichen Standortvorteil. Das habe nicht ich erfunden, sondern stammt aus einer Pressemitteilung, die bereits im Jahr 2008 von den Kantonen Aargau, Basel-Stadt, Basel-Land und Solothurn erschienen ist. Ihr seht, dass es schon eine ältere Geschichte ist und man aktiv wurde. Man hat auch Module erstellt, für die der Bedarf sehr gut nachgewiesen wurde und hat passende Tagesstrukturen für diese Gemeinde ermittelt. Wenn wir dem Gemeinderat mit diesem Postulat den Auftrag geben, kann er auf solche Sachen zurückgreifen, damit wirklich in absehbarer Zeit etwas auf dem Tisch liegt, was der Einwohnerrat unterstützend mittragen kann.

Rosa Calicchio: Eine Tagesstruktur bildet die Basis für eine Chancengleichheit im Bildungswesen! Tagesschulen fördern nicht nur die sprachlichen und damit schulischen Fähigkeiten von fremdsprachigen Kindern, sondern auch generell bei den Kindern, in deren Familien beide Elternteile berufstätig sind. Denn es gilt: Im Kontakt und Austausch mit anderen Kindern und Erwachsenen, wie sie eine Tagesschule ermöglicht, werden Kinder aller sozialen Schichten bzw. Familienverhältnissen besser auf die Berufswelt vorbereitet, als wenn man sie alleine über Mittag oder am freien Nachmittag vor dem Fernseher oder anderswo rumhängen lässt. Für berufstätige Eltern ist es eine Erleichterung, wenn sie im Wissen sind, dass ihr Kind über die Mittagszeit gut aufgehoben ist. Zudem gibt das gemeinsame Essen dem Tag zusätzlich eine Struktur. Diese beiden Effekte sind sowohl für Familien, in denen beide Elternteile arbeiten müssen, als auch für finanziell besser dastehende Familien, in der die Mutter zumindest teilweise arbeiten will, wünschenswert. Wenn Pratteln ebenfalls mit dem Angebot an Tagesschulen nachfolgt, wird es auch für die Gemeinde interessant, da sie ja die Kosten dazu von den finanziell besser ausgestatteten Eltern zurückerstattet erhält und die Gemeinde darüber hinaus für gutverdienende Familien mit Schulkindern interessant wird. Aus all diesen Gründen ist die SP-Fraktion für Überweisung.

Mario Puppato: Ein Postulat heisst „prüfen und berichten“ und die FDP sagt: Jawohl, es wird viel geredet, wir wollen es geprüft haben und einen Bericht und Vorschläge des Gemeinderates. Wenn diese Vorschläge vorliegen, können wir diskutieren, was wir machen oder nicht. Für eine Prüfung sind wir und wir wollen die Vorschläge diskutieren. Aber jetzt schon sagen, was sie machen und vorschlagen sollen, das wollen wir noch nicht, aber überweisen wollen wir es.

Urs Schneider: Wir sehen es nicht gleich wie alle Anderen, in der letzten Zeit war es fast immer so und wir werden das Postulat nicht zur Überweisung empfehlen. Begründung: Wir sind nicht der Meinung, dass es Aufgabe der Gemeinde ist, dies zu organisieren. Wir haben einen Mittagstisch; wir haben ihn vor 3 oder 4 Jahren mit der GPK angeschaut und wie er genutzt wurde. Es war eine sehr, sehr kleine Zahl, die ihn genutzt hat zwischen 7 und 12 bis 13 Personen im Schnitt, obwohl er im Jugendhaus relativ günstig gelegen ist. Ich denke nach wie vor, dass man dies untereinander lösen muss. Wenn Jemand arbeiten gehen will, muss er selber schauen, wie er das Problem löst und dies ist die Meinung unserer Fraktion und wir werden das Postulat nicht überweisen.

Dominique Häring: Der Gemeinderat nimmt das Postulat gerne an. Ich habe 3 Seiten vorbereitet. Die CVP ist für eine familienfreundliche Politik aber nicht auf Biegen und Brechen. Es wurde bereits angekündigt, das etwas am Laufen ist und im November wird das ganze Projekt Frühförderung kommen, was auch schon HARMOS und Tagesstrukturen berücksichtigt. Die Gemeinde hat sehr viele Angebote, die die Tagesstrukturen schon heute abdecken. Mittagstisch ist eines, Kindertagesstätte ist anderes und nicht nur für Vorschulkinder, sondern auch Kindergartenkinder. Frage ist nur, warum das Angebot sonst nicht genutzt wird. Wir sind der Meinung, man könne das Postulat überweisen. Und prüfen und berichten. Schön wäre gewesen, wenn im Postulat auch noch gewisse Nachteile gestanden wären, diese fehlen hier vollständig. Ich habe hier eine ganze Liste. Wir sind für Überweisung.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr zu 10 Nein bei 2 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2757 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2758

Bericht der GPK zum Amtsbericht 2010

Aktenhinweis

- Bericht der GPK zum Amtsbericht 2010 vom 1. Oktober 2011

Kurt Lanz als Präsident der GPK: Es ist wie immer, wenn ich einen Bericht verfasse. Es steht das drin, was von der GPK aus gesagt werden muss. Im Gegensatz zu anderen Berichten ist es so, dass ich ganz kurz erkläre, warum die GPK der Meinung ist, die Motion 2018 nicht abzuschreiben: Diese Motion ist relativ alt und auch Bestandteil der Liste der nicht erledigten Geschäfte und immer noch mit demselben Kommentar, dass es im Herbst 2009 vorgelegt werden soll. Wenn es so ist, dass man 11 Jahre an diesem Geschäft etwas gemacht hat, ist die GPK der Meinung, man müsse mehr wissen als nur gerade das Abschreiben über den Amtsbericht 2010. Aus diesem Grund beantragen wir, dass es nicht über den Amtsbericht abgeschrieben wird und der Gemeinderat kurz zusammenstellen soll, was er in dieser Richtung unternommen hat. Eine Motion erscheint uns ein wichtiges Instrument und ist für den Gemeinderat verbindlich, wie es im Geschäftsreglement des Einwohnerrates steht. Wenn man solch ein verbindliches Instrument, dass den Gemeinderat zum Handeln verpflichtet, 10 oder 11 Jahre pendent hält und dann über den Amtsbericht abschreibt, scheint uns nicht klug und daher bitte ich sie, diese Motion nicht über den Amtsbericht abzuschreiben. Der Gemeinderat soll dies über eine kurze Vorlage machen.

Das Büro beantragt, dem Antrag 5.1 der GPK zu folgen und den Bericht des Gemeinderates über die Amtsführung im Jahr 2010 zur Kenntnis zu nehmen.

GR Max Hippenmeyer: Selbstverständlich betrachtet der Einwohnerrat als erheblich erklärte Motionen als verbindlich und sie wurde nicht in die Schublade versenkt. Ich muss zugeben, dass unsere Ressourcen, die wir nicht haben und verschiedene Personalwechsel auf Stufe Abteilungsleitung und Gemeindeverwaltung die Umsetzung erschwert, wenn nicht gar verhindert haben. Auch die Vorstellungen und Voraussetzung zu diesem Vorstoss aus dem Jahr 1999 sind heute zu diesem Thema nicht mehr ganz aktuell. Die Euphorie für die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV) und Globalbudget ist nicht zuletzt auf Grund der in anderen Gemeinden gemachten Erfahrungen

abgeklungen. Heute redet man eher von Aufgabenplan, Politikplan, Produktgruppen oder Leistungsaufträgen und der Gemeinderat erachtet es als sinnvoller, nun einen aktuellen Ansatz zu verfolgen. In diesem Sinn und wenn es abgeschrieben ist, erwarten wir neue Vorstösse, wenn dies gewünscht ist. Wir stehen selbstverständlich für Neuerungen in der Verwaltungsführung positiv gegenüber und sind offen dafür. Die Verwaltung verfolgt zurzeit das Projekt IKS und die entsprechenden Prozessdefinitionen umfassen auch einen Teilaspekt der WOV. Aus diesen Überlegungen und sachlich in Übereinstimmung mit der GPK, so habe ich es in den gemeinsamen Sitzungen aufgefasst, beantragen wir die Abschreibung dieser Motion. Aus verfahrensökonomischen Gründen wollen wir dies via Amtsbericht erledigen. Der Ruf nach einer separaten Vorlage zur Abschreibung ist aus meiner Sicht eine reine Arbeitsbeschaffung für die Verwaltung und dies wollen wir mit Blick auf die beschränkten Ressourcen vermeiden. Daher bitte ich euch, dem Antrag der GPK nicht zuzustimmen und das Geschäft 2018 zusammen mit der Kenntnisnahme des Berichtes zu 2010 abzuschreiben.

Benedikt Schmidt: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen dankt der GPK für ihren Bericht auch allen, die am Amtsbericht mitgearbeitet haben. Wir unterstützen auch die Anträge der GPK und den Antrag 5.1 (Motion 2018). Wir sind auch der Meinung, dass Motionen eine gewisse Verbindlichkeit haben und dass man Motionen nicht einfach über den Amtsbericht abschreiben kann.

Christian Schäublin: Die SVP-Fraktion dankt der GPK für den Bericht und auch den Verwaltungsangestellten, die an diesem Bericht mitgeschrieben haben. Wir werden den Anträgen der GPK Folge leisten und sehen diese Motion mit der Globalbudgetierung als ein wichtiges Thema an und möchten separat darüber bestimmen. Schlussendlich hoffen wir, dass es nächstes Jahr auch einen Amtsbericht gibt, und dass in diesem Amtsbericht nicht von einer zusätzlichen Ferienwoche geschrieben ist, die es nächstes Jahr gibt.

Werner Graber: Auch die SP-Fraktion dankt der GPK und dem Gemeinderat und denjenigen, die am Amtsbericht mitgearbeitet haben, für ihre Arbeit. Bei den Anträgen waren wir in der Fraktion nicht einstimmig, aber wir nehmen den Bericht des Gemeinderates über die Amtsführung im Jahr 2010 zur Kenntnis.

Dieter Stohler: Auch die FDP-Fraktion verdankt den Amtsbericht und die Bemühungen der GPK. Soweit als Fraktionssprecher; nun wechsele ich zum Einzelsprecher, weil wir uns beim Antrag 5.1 nicht ganz einig waren. Ich unterstütze vehement die GPK, dass man nicht auf diesem billigen Weg die Motion abschreibt. Ich bin enttäuscht von der Erklärung von GR Max Hippenmeyer über die billige Davonstehung der Nichtausübung des Auftrages des Parlamentes. Ich hätte mir erwünscht, gerade jetzt, wo ein Spezialist im WOV Gemeindeverwalter geworden ist und einer der Initianten, glaube ich, Mitglied im Gemeinderat ist, dass man die Chance nützt. Mir ist klar, dass unter dem Titel WOV usw. sich die Sache etwas gewandelt hat. Ich bin überrascht zu hören, dass man auf der einen Seite offen für Neues ist; aus Sicht des Gemeinderates hätte man an heutige Formen anpassen können. Dies wäre mit dieser Motion durchaus vereinbar gewesen und gute Stichwörter wie Politikplan usw. wurden von GR Max Hippenmeyer bereits genannt. Das Grundübel: Ich bin nicht Freund dessen, was wir im Parlament machen, dass wir in der Dezembersitzung über hunderte von Einzelkonten befinden und Jeder hierin einen Antrag stellen kann und wir diskutieren, ob Bewegungsmelder im Erlischulhaus für CHF 1'700.00 richtig sind oder nicht. Ich bin ein Freund, hier stufengerechte Strukturen einzuführen und wenn man die Motion doch einmal begräbt... ein neuer Vorschlag kommt bestimmt. Ich danke, wenn ihr über den Antrag 5.1 im Sinn der GPK abstimmt.

Emanuel Trueb: Als Nichtmitglied der Fraktion in der GPK wundere ich mich. Einerseits der Bericht, den wir zur Kenntnis nehmen konnten, und auf der anderen Seite die Ausführungen von GR Max Hippenmeyer. Dies scheint sich doch zu widersprechen und ich bedaure dies. Ich bedaure auch, dass scheinbar zwischen den Fraktionen kein Konsens besteht und so hoffe ich, dass auch Verständnis dafür da ist, wenn wir uns nun dem Vor-

schlag der Kommission annehmen und dies auseinander nehmen wollen. So, wie es jetzt im Moment ist, ist es intransparent.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr zu 3 Nein bei 2 Enthaltungen:

://: Der Abschreibung des Geschäftes 2018 "Motion der GO-Spezialkommission für ein Reglement über die Globalbudgetierung" wird nicht zugestimmt.
(Die Motion 2018 ist nicht abgeschrieben.)

Der Bericht des Gemeinderats an den Einwohnerrat über die Amtsführung im Jahre 2010 wird zur Kenntnis genommen.

Fragestunde

Frage 1

Verwendung des zusätzlichen Geldes für Energiesparmassnahmen

(Benedikt Schmidt, Unabhängige Pratteln)

GR Felix Knöpfel: Frage 1: Welche zusätzlichen Energiesparmassnahmen gedenkt der Gemeinderat im 2011 mit den CHF 53'460.00 zu realisieren? Hierzu liegt eine Zusammenstellung vor (siehe unten). Frage 2: Ist der Gemeinderat zuversichtlich, dass der ganze Betrag im 2011 investiert werden kann? Ja. Frage 3: Wenn nicht der ganze Betrag im 2011 investiert werden kann, was gedenkt der Gemeinderat mit dem nicht ausgegebenen Betrag zu machen? Diese Frage entfällt, da der ganze Betrag verwendet wird.

Die Frage ist beantwortet.

Gebäude	zusätzliche Energiesparmassnahme	Betrag	
	Budget Konto 69.314.01	SFr.	53'460.00
Schulanlage Aegelmatt	Bewegungsmelder in Umkleideräumen und		
	Duschen in der Turnhalle	SFr.	1'700.00
	Thermostatische Ventile bei Heizkörpern	SFr.	1'200.00
Schulanlage Erlimatt	Bewegungsmelder in WC Anlagen	SFr.	7'500.00
Schulanlage Münchacker	Thermostatische Ventile bei Heizkörpern	SFr.	2'300.00
	Ersatz Eingangstüre mit Wärmeschutzglas	SFr.	9'000.00
Kindergarten Alte Schule	neue energiesparende Leuchten Treppenhs.	SFr.	1'600.00
Kindergarten Hexmatt	Energiesparende Beleuchtung	SFr.	3'500.00
EFH Sandgruben	Ersatz Fenster Einfachverglasung	SFr.	1'800.00
	Ersatz Eingangstüre	SFr.	4'500.00
	Dämmung Decke EG unbeheizt gegen OG	SFr.	11'000.00
Abdankungshalle Blözen	neue Türe mit Dichtung	SFr.	7'700.00
Total zusätzliche Energiesparmassnahmen		SFr.	51'800.00
Rest für energiesparende Leuchtmittel und Isolation von Heizleitungen		SFr.	1'660.00

Frage 2

Förderung von Solaranlagen

(Benedikt Schmidt, Unabhängige Pratteln)

Ausgangslage zu den Fragen: Am 28. Februar 2008 hat der Einwohnerrat die Motion der FDP „Förderung von Solaranlagen“ (ER-Geschäft 2511) einstimmig für erheblich erklärt. Seither wartet der Einwohnerrat auf eine Antwort.

GR Felix Knöpfel: *Frage 1: Der Antrag lag weder im August noch im September vor und auch nicht im Oktober. Wann kommt der Antrag denn nun? Morgen ist er im Gemeinderat und im November im Einwohnerrat. Frage 2: Wurde der Termin 31. August 2011 eingehalten? Nein.*

Die Frage ist beantwortet.

Frage 3

"Nutzungsbedingungen Dorfturnhalle"

(Patrick Freund, div. Fraktionen)

GR Felix Wehrli: Die Renovation der schönen alten Dorfturnhalle (ADH) erfolgte mit einem ausgearbeiteten Projekt, das von der BPK des Einwohnerrates intensiv beraten und genehmigt wurde. Nach der Genehmigung durch sie hat die Prattler Stimmbevölkerung der Sanierung im Rahmen einer Volksabstimmung zugestimmt. *Frage 1: Warum hat die Dorfturnhalle so sensible Wände und Böden, welche eine öffentliche Nutzung so stark einschränken? Der Boden in der Dorfturnhalle ist der alte Boden bestehend aus Kork. Dieser Boden ist grundsätzlich sehr anfällig auf Feuchtigkeit und Druck, speziell auf spitze Gegenstände wie Steine, Glasscherben, welche sich in den Schuhsohlen befinden können. Die Wände der Dorfturnhalle sind nicht speziell sensibel, jedoch sind die Lamellen der seitlich an den Wänden angebrachten Heizung, druckempfindlich und können sich bei einem Schlag oder Aufprall verbiegen. Frage 2: Was für Abdeckungen (Böden, Wände) sind notwendig, das die Dorfturnhalle auch für öffentliche Anlässe mit grossem Publikumsverkehr nutzbar wird? Auf dem Boden muss eine Abdeckung ähnlich jener im KUSPO angebracht werden. Was die Heizung betrifft, wird es schwierig diese so zu schützen, dass die Lamellen nicht mehr verbogen werden könnten. Eine Ummantelung würde den Luftstrom massiv einschränken. Frage 3: Sind genügend Rückstellungen vorhanden, um den benötigten Unterhalt aufgrund von natürlichen Abnutzungserscheinungen (Wände streichen, Boden flicken) oder in welcher Höhe sind die Unterhaltskosten, abgesehen der Reinigung, budgetiert und für welche Unterhaltsarten (Reparatur, Farb- und Bodenerneuerungen, etc.)? Allgemeine Reparaturen, welche im normalen Gebrauch entstehen, können über das laufende Budget instand gestellt werden. Grössere Reparaturen oder Anschaffungen werden jeweils wie üblich via Budget laufende Rechnung oder Investitionen beantragt. Frage 4: Ist der Eindruck richtig, dass entgegen der Nutzungsvorschriften die Anlässe für die Mietbewilligung mitentscheidend sind – dass zum Beispiel Maskenball, Suserchilbi, Konzerte oder Auftritte der Laienbühne in der Dorfturnhalle mittels zusätzlicher Bedingungen oder aufgrund der Kosten erschwert bis verunmöglicht wird? Ja. Die Nutzung ist durch die oben genannten Probleme etwas eingeschränkt. Gemäss Benutzungsverordnung muss bei Veranstaltungen mit grossem Publikumsverkehr eine Bodenabdeckung verlegt werden. Die ADH verfügt gegenwärtig nicht über eine Bodenabdeckung. Somit ist die Betriebskommission KSZ/ADH verpflichtet dazu, Anfragen für Grossveranstaltungen abzulehnen, da keine Bodenabdeckung für die ADH zur Verfügung steht. Der Boden muss insbesondere geschützt werden, wenn Tischgarnituren, welche normalerweise draussen auf der Allmend verwendet werden, in der ADH benutzt werden sollen. Die Abteilung BFK setzt die Gebühren- und Benutzungsverordnung um. Neu werden Benutzungsverträge erstellt, falls Anlässe über mehrere Tage oder in mehreren Gebäuden stattfinden. Die ADH steht der Primarschule, der Kreismusikschule, den Behörden- und Gremien der Gemeinde Pratteln, den Dorfverei-*

nen und privaten Nutzern und Institutionen zur Verfügung. Ein Gebäude, welches so rege genutzt wird, wird nicht über mehrere Wochen ausschliesslich einem Verein zur Verfügung gestellt. Als Beispiel die Laienbühne, welche für eine Produktion mehrere Wochen die ADH als Probelokal und Aufführungsort benutzen möchte. Das Bühnenbild und die Requisiten müssten jeweils in einem separaten Raum verstaut werden, gegen zusätzliche Kostenfolge, da ein Raum mehr benutzt wird. Wenn das Material stehen bleibt und die Halle von anderen Mietern genutzt wird, kann die Gemeinde keine Haftung für allfällige Schäden übernehmen. Auch soll die ADH allen Mietern im gleichen Zustand, also aufgeräumt und leer, zur Verfügung stehen, damit auch die vollen Mietkosten erhoben werden können. *Frage 5: Was unternimmt der Gemeinderat, um die Dorfturnhalle für alle nutzbar zu machen und können für ungeplante Schäden zusätzliche Rückstellungen aufgebaut oder Versicherungen abgeschlossen werden?* Die Nutzung der alten Dorfturnhalle ist bereits heute sehr intensiv und ist unter den heutigen Bedingungen für Alle nutzbar. Bei Schäden durch Benützer werden diese direkt belangt und verantwortlich gemacht. Es ist der falsche Ansatz, für ungeplante Schäden zusätzliche Rückstellungen zu tätigen oder gar Versicherungen abzuschliessen.

Zusatzfragen von Patrick Freund: Vielen Dank für die ausführlichen Worte. Es stellen sich für mich 2 Fragen. Du hast gesagt, dass die Bedingungen der Nutzung abhängig von der Infrastruktur sind und da zählt auch, dass wir für die Abdeckung keine Infrastruktur haben. Mir ist bekannt, dass es andere Abdeckungen gibt, die unter Umständen auch hier gebraucht werden könnten. Es ist nicht immer überall ein gleichzeitiger Anlass, an dem die Abdeckung gebraucht wird und hieraus folgt die 1. Frage: Können wir eine andere Abdeckung verwenden und weiss die Gemeinde, ob andere überhaupt anwendbar sind oder muss man eine Abdeckung kaufen? Frage 2: Ist die Anschaffung einer solchen Abdeckung geplant?

GR Felix Wehrli: Danke für die beiden Zusatzfragen. Grundsätzlich haben wir eine weitere Abdeckung im KUSPO, die in der Form auf das KUSPO zugeschnitten ist und hierin nicht verwendbar ist. Sie ist sehr schwer, man bringt sie kaum hier hinein. Die Gleichzeitigkeit von Anlässen hierin und im KUSPO ist wahrscheinlich zu umgehen, aber auch hierin ist die Benutzung sehr hoch und die ADH wird fast gleich viel genutzt wie das KUSPO. Die Bodenabdeckung stellt ein echtes Problem dar. Auch das Budget 2012 enthält keine Bodenabdeckung; der Einwohnerrat könnte allenfalls einen Antrag stellen.

Die Frage ist beantwortet.

Frage 4

"Häring-Abgang"

(Rös Graf, SP-Fraktion)

GP Beat Stingelin: Es liegen 2 Fragen vor und ihr habt die Antworten schriftlich. Ich habe gehört, dass die Firma Häring allen Einwohnerräten ein Schreiben zugestellt hat, in denen das Wieso und Warum erläutert wurde. *Frage 1: Wann wurde der Gemeinderat zur Steuersitzverlegung der Firma Häring orientiert?* Ich wurde immer orientiert, wenn es bei der Firma Häring bzw. auf dem Areal Häring-Coop einen neuen Abschnitt gegeben hat, d. h. über die Investoren, die hier hin kommen, was die Tätigkeiten sein könnten und hier wurde auch der Gesamtgemeinderat von einem Investor informiert, als er sich hier vorgestellt hat. Wir wurden also immer vorzeitig von der Firma Häring mit Informationen bedient und so auch zur Sitzverlegung des Holzbaues. *Frage 2: Was unternimmt der Gemeinderat gegen diese Steuersitzverlegung?* Der Gemeinderat kann grundsätzlich gegen das nichts machen. Wenn jemand auch nur einen Teil seiner Firma nach Pratteln bringt, verlangen wir in der Regel, dass der Sitz hierin verlegt wird und für diesen Teil Steuern bezahlt werden. Das gleiche habt ihr nun im Schreiben gelesen. Das gleiche macht er nun mit dem Holzbau und sagt explizit noch einmal, dass alle anderen Aktivitä-

ten, wenn sie von MuttENZ zurückkommen - in der Bauzeit gehen sie nach MuttENZ, und kommen nachher zurück. Ich bin der Meinung, dass man spätestens dann, wenn es nicht so wäre, der Firma Wortbruch vorwerfen könnte und vorher nicht. Für mich stimmt es, wie es hier steht und so wurde der Gemeinderat und vor allem ich auch informiert. Ich glaube man kann dieser Unternehmung dem Wort nach glauben und vertrauen.

Rös Graf: Herzlichen Dank für die Beantwortung dieser beiden Fragen. Eine weitere Frage: Wie gross ist die Summe an Steuergeldern, die der Gemeinde Pratteln durch den Teilwegzug der Firma Häring verloren geht?

GP Beat Stingelin: Ich glaube, Rös Graf, du verstehst, dass ich hierin auch nicht jeden frage, wie viel Steuern er zahlt und er mir das sagt. Wir haben ein Steuergeheimnis und daher werde ich es nicht sagen und wir dürfen es auch nicht sagen.

Die Frage ist beantwortet.

Die Sitzung wird um 21.45 Uhr beendet.

Pratteln, 1. November 2011

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Philippe Doppler

Joachim Maass